

Die Bundeswehr und ihr schweres Erbe aus der Nachkriegszeit

Die deutschen Streitkräfte zwischen Bürokratie und Auslandseinsätzen

Von unserem Deutschland-Korrespondenten Eric Gujer

Die Bundeswehr hat sich in eine Interventionsarmee verwandelt, die an verschiedenen Orten der Welt präsent ist. Zugleich ist sie ein bürokratischer Koloss, der um sich selbst kreist.

Berlin, im August

Irgendwann in den neunziger Jahren muss sich die Bundeswehr aufgelöst haben. Seither existieren zwei deutsche Streitkräfte nebeneinander her. Die eine befindet sich in Afghanistan, auf dem Balkan, vor der libanesischen Küste, in Kongo oder am Horn von Afrika. Die andere beschäftigt sich mit dem KPV, dem Kontinuierlichen Verbesserungsprogramm. Soldaten, die Innovationen vorschlagen, erhalten eine Prämie. Doch manchmal streiten sich die KPV-Zentrale und nachgeordnete Stellen über die Festlegung der Prämien. So vergehen sechs Jahre, und am Ende befasst sich der Bundestag mit dem Geldbetrag, der einem Soldaten des Marinestützpunktes Wilhelmshaven zusteht.

Während die eine Bundeswehr mehrere Auslandseinsätze gleichzeitig absolviert, schleppt die andere einen Ballast von Bürokratie herum, der sich über ein halbes Jahrhundert ungestört entwickeln konnte. Jede Armee ist bürokratisch, doch in den deutschen Streitkräften scheint sich dies Phänomen zu potenzieren.

Mülltrennung unter Wasser

Auf deutschen U-Booten gilt das Gebot der Mülltrennung, weil auch in der Heimat Abfall getrennt wird. Ist bei einem Militärjeep in Kosovo vergessen worden, den obligatorischen Abgastest durchzuführen, wird das Fahrzeug stillgelegt. Passen Patrouillen ihre Geländewagen an die Gefahren Afghanistans an, müssen sie die technischen Veränderungen rückgängig machen, weil dies den Garantiebestimmungen des Herstellers widerspricht. Man brachte es fertig, den Wust an Normen und Vorschriften, der das Leben in komplexen Industriegesellschaften regelt, ohne Abstriche in die entlegensten Täler des Hindukusch zu verpflanzen.

Im Gegensatz zu den Armeen der USA, Grossbritanniens oder Frankreichs befand sich die Bundeswehr nie im Gefecht. Die deutschen Streitkräfte wurden gegründet, um nicht eingesetzt zu werden: Im Kalten Krieg sollte die Bundeswehr ausschliesslich einen Angriff des Warschauerpakts abwehren. Da das Szenario unter den Bedingungen der atomaren Abschreckung nur eine theoretische Möglichkeit darstellte, fehlten der Armee Herausforderungen. Die Truppen waren zwar professionell und hielten einen hohen Bereitschaftsgrad aufrecht. Aber in Ermangelung jeglichen Ernstfalls bewegte sich die Bundeswehr über Jahrzehnte in einer Kunstwelt.

Im Einklang mit der Gesellschaft

Verstärkt wurde der leicht virtuelle Charakter durch die pazifistische Grundausrichtung der deutschen Gesellschaft seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, die bis heute die Teilnahme deutscher Soldaten an Kampfhandlungen wie im südlichen Afghanistan unmöglich macht. Einsatzgebiete werden stets so gewählt, dass reguläre Gefechte unwahrscheinlich sind. Unter solchen Voraussetzungen neigt jeder Apparat dazu, um sich selbst zu kreisen und seine Daseinsberechtigung nicht in den Leistungen, sondern in der blossen Existenz zu sehen. Von den 1600 Soldaten des nordafghanischen Feldlagers Mazar-e Sharif, so heisst es im Verteidigungsministerium, verlassen 70 Prozent nie das geschützte Camp.

In der Welt, in der sich die Bundeswehr und die sie tragende Gesellschaft bewegen, gehen manchmal die Massstäbe verloren. Als einige Bundeswehrangehörige makabre Scherze mit Totenschädeln trieben und sich dabei fotografierten, erweckten nicht nur die Öffentlichkeit und Verteidigungsminister Jung den Eindruck, die Armee habe sich schwerste Verbrechen zuschulden kommen lassen. Auch die Generalität stellte sich nicht schützend vor ihre Soldaten, etwa unter Hinweis auf die Unschuldsvermutung. Generalinspekteur Schneiderhan, dem ranghöchsten Offizier, wurde intern zum Vorwurf gemacht, er sei in der fraglichen Zeit regelrecht abgetaucht und habe auch die Aufarbeitung des wenig rühmlichen Vorfalles nicht mit dem nötigen Nachdruck verfolgt.

Kampferprobte Haudegen unerwünscht

Negativ wirkt sich aus, dass keiner der ranghohen Offiziere jemals Kampferfahrung gesammelt hat und in politisch heiklen Situationen mit der Autorität und dem Nimbus des erfahrenen Truppenführers auftreten kann. Karriere machte man im Verteidigungsministerium und in den Stäben der Nato. Der Typus des schlachterprobten Haudegens war unerwünscht. Die Bundeswehr brachte Generäle hervor, die sich in den Schlichen des Bonner und des Berliner Betriebs auskennen mussten. Die besondere Geschichte der westdeutschen Nachkriegs-Armee schuf eine ganz eigene, bis heute nachwirkende Sozialisation.

Als das Versagen der Kfor-Truppen während der Unruhen in Kosovo im März 2004 untersucht wurde, traten auch beim deutschen Kontingent Versäumnisse zutage. Zu diesen gehörte die mangelnde Entschlusskraft der Offiziere, weshalb die Bundeswehr dem randalierenden Mob nicht mit der notwendigen Entschiedenheit entgegentrat. Um sich von der nationalsozialistischen Wehrmacht abzugrenzen, hatte man die Prinzipien der inneren Führung mit dem Leitbild des Staatsbürgers in Uniform entwickelt. Die Unterschiede zwischen Zivilleben und den Verhältnissen in den Streitkräften wurden auf das Mindestmass beschränkt. Einiges daran ist bis heute vorbildlich, doch gerieten die Eigenheiten des soldatischen Auftrags aus dem Blick.

Interne Grabenkämpfe

Das Schlagwort von der «Gewerkschafts-Armee» enthält trotz der Überzeichnung einen wahren Kern. Als militärische Extremsituation gilt da bereits «Dauerbelastung in gefährlicher Umgebung ohne Privatsphäre», wie anlässlich eines Symposiums in der Hamburger Führungsakademie - dem intellektuellen Gravitationszentrum der Bundeswehr - festgestellt wurde. Wie vieles in den Streitkräften befindet sich auch dies im Umbruch. Die zahlreichen Auslandseinsätze sorgen für ein neues Selbstverständnis und eine veränderte Praxis des militärischen Führens.

Seit je besteht eine Konkurrenz zwischen politischer Führung und militärischen Stäben, doch gedeiht diese gegenwärtig zum Nachteil der Streitkräfte besonders. Der gegenwärtige Verteidigungsminister Jung, ein hessischer CDU-Politiker ohne verteidigungspolitische Vorkenntnisse oder auch nur Erfahrungen auf dem Berliner Parkett, bekam dies bald nach seiner Amtseinführung im Herbst 2005 zu spüren. Er hatte zwar darauf verzichtet, den Generalinspekteur zu versetzen, obwohl diesem ein besonders gutes Verhältnis zu Jungs Vorgänger, dem Sozialdemokraten Struck, nachgesagt wird. Zur Entkrampfung trug dies offensichtlich nicht bei.

Weil der Minister selbst tabu ist, richtet sich die halböffentliche Kritik aus dem Haus gegen seine engsten Mitarbeiter. Als der Leiter des Planungsstabes einen ersten Entwurf für ein neues Weissbuch zur Sicherheitspolitik vorlegte, wurde der Text von den militärischen Stäben förmlich in der Luft zerrissen mit der Begründung, es handle sich um einen Alleingang des Planungsstabes. Nachdem das Dokument die Mühen der interministeriellen Abstimmung durchlaufen hatte, war es erheblich nichtssagender und belangloser als der erste Entwurf. Den Kritikern ging es sichtlich nicht um die Inhalte, sondern um die internen Grabenkämpfe. Im Führungsstab, dem mit rund 500 Mitarbeitern besetzten militärischen Leitungsgremium, hegt man offenkundig Aversionen gegen die zivile Führung, die angesichts des bisherigen Leistungsausweises des Ministers und seiner Mannschaft nicht berechtigt sind.

Täuschen und tarnen

Diese Reibereien führen zu internen Kommunikationsspannen, die dem Ansehen der Bundeswehr schaden. Beim G-8-Gipfel in Heiligendamm beobachteten Tornado-Aufklärungsflugzeuge und Panzerspähwagen «Fennek» die Umgebung des Tagungsortes. Da subsidiäre Einsätze in Deutschland aus ideologischen wie historischen Gründen umstritten sind, bohrte die Opposition so lange, bis peinliche Fakten zutage gefördert wurden. So liess die Luftwaffe die Jets öfter aufsteigen, als der Verteidigungsminister erlaubt hatte. Jung hatte zunächst gegenüber dem Parlament nur von den offiziell genehmigten Flügen gesprochen.

Ähnliches war schon im letzten Jahr geschehen, als die Bundesmarine in libanesisches Gewässer entsandt wurde. Erst nachdem israelische Kampffjets im Tiefflug über die kleine deutsche Armada hinweggebraust waren, stellte sich heraus, dass sich in dem deutschen Kontingent auch das Aufklärungsschiff «Alster» befand. Jung hatte zuvor die «Alster» gegenüber dem Bundestag nicht ausdrücklich erwähnt, weil ihn seine Militärs nicht auf das Schiff hingewiesen hatten, da dieses formal nicht zur Uno-Mission gehörte. Die Opposition sprach deshalb von einem Täuschungsmanöver des Ministeriums. Informationen versickerten auch beim Afghanistan-Einsatz. So behauptete die politische Spitze, Störsender zum Schutz von Fahrzeugen gegen elektronisch gezündete Sprengkörper seien bereits auf dem Weg zur Truppe. Man stützte sich dabei auf Angaben der militärischen Stäbe, doch in Wahrheit wurden die Sender noch in Deutschland erprobt. Die Auslieferung nach Afghanistan war noch nicht spruchreif.

Parlamentarier mit Epauletten

Die Kommunikationsdefizite rücken die Streitkräfte immer wieder gegenüber dem Parlament in ein schlechtes Licht. Dies ist besonders nachteilig, weil der Bundestag eigentlich die dritte Bundeswehr neben der «Armee im Einsatz» und der «verwalteten Armee» bildet. Das Parlament hat gegenüber der Armee derart weitgehende Kompetenzen, dass der für seine spitze Zunge bekannte Innenminister Schäuble spottete, die Mitglieder des Verteidigungsausschusses müssten eigentlich Generalsuniform tragen. Das Parlament beansprucht die Kommandogewalt bis auf die untere taktische Ebene und entscheidet über die Verlegung einzelner Flugzeuge nach Afghanistan. Dieses mächtige Parlament wittert sofort eine böse Absicht, wenn Informationen auf ihrem Weg durch die Hierarchie des Verteidigungsministeriums steckenbleiben.

Der politische Kollateralschaden der Geheimniskrämerei reicht noch weiter. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr stehen wegen der antimilitärischen Einstellung der Bevölkerungsmehrheit ohnehin unter besonderem Rechtfertigungszwang; sie lassen sich noch schwerer legitimieren, wenn in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, dass die Militärbürokratie ein manchmal nur schwer kontrollierbares Eigenleben führt.

Diesen Artikel finden Sie auf NZZGlobal unter: <http://www.nzz.ch/global>

NZZ Online: <http://www.nzz.ch>

Copyright (c) Neue Zürcher Zeitung AG